

Wolfgang Hoffmann SJ
Im Schatten der großen Politik

Krise im Sudan

Nicht jeder Krisenherd zieht die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich. Damit das geschehe, braucht es offensichtlich mehr als die Tatsache der Krise. Der Fall Sudan beweist, daß ein Bürgerkrieg, in den Millionen von Menschen verwickelt sind, im Ganzen des Weltgeschehens fast unbeachtet bleiben kann. Vielleicht einfach deswegen, weil der Zugang zum Schauplatz versperrt ist. Oder weil es „interessantere“ Krisen gibt. Oder weil die Beteiligten vielleicht ein Interesse daran haben, daß innerstaatliche Auseinandersetzungen von solchen Ausmaßen nicht an die Öffentlichkeit kommen. Merkwürdig allerdings ist, daß selbst Organisationen wie die UNO¹ oder – in unserem Fall besonders – die Organisation für die Einheit Afrikas OAU schweigen. Das läßt vermuten, daß wenig Aussichten auf eine Lösung des Problems bestehen und die Interessen vieler im Spiel sind.

Mit der Behauptung, der Südsudan sei ein Krisenherd, hat man in den Augen Khartums schon Partei ergriffen. Man ist dort eifrig bemüht, die Vorgänge zu verharmlosen. In einer Broschüre, die für die deutsche Freundschaft mit den arabischen Ländern wirbt, heißt es: „Der Südsudan ist aber auch ein Paradies für den Naturfreund ... Hier auf Safari zu gehen, lohnt stets.“² So schlimm kann es also nicht sein, soll man meinen. Die halbe Million Toter, die der Bürgerkrieg im Südsudan nach Pressemeldungen bis jetzt gekostet hat, mutet weniger idyllisch an³. Und die 250 000 Flüchtlinge in den Nachbarländern des Sudan werden wohl wissen, warum sie nicht gewillt sind heimzukehren, obwohl ihnen von Khartum immer wieder Amnestie angeboten wird (Amnestie wofür?).

Der Südsudan ist Sperrgebiet. Kein ausländischer Journalist, fast keine sudanesischen Journalisten, keine Abordnung des Roten Kreuzes, der UNO oder der OAU dürfen das Gebiet betreten. Einigen Reportern gelang es, heimlich von Nachbarländern aus einzudringen. Ihre Berichte erschienen in Zeitungen wie „Le Figaro“ und „Daily Mail“⁴. Das italienische Fernsehen zeigte am 19. September 1966 einen Film

¹ Vgl. dazu die Kritik in: *La Civiltà Cattolica* 118 (1967) I 416 (18. 2. 1967).

² *Marhaba in der arabischen Welt, Eine Dokumentation (!)* von M. v. Juterzenka und S. U. Graf (Nürnberg: Sebaldis-Verl. 1967) 17.

³ Vgl. *Internationales Afrikaforum*, München, Dezember 1966, 543; *Daily Telegraph* vom 21. 3. 1967; *stern* vom 23. 4., S. 33; KNA-Meldung 67/III/577 (30. 3. 1967).

⁴ *Le Figaro* vom 24., 25., 29. u. 30. März 1966; *Daily Mail* vom 31. 1., 1. u. 2. 2. 1966.

mit Aufnahmen von verwüsteten Missionsstationen und Rebellenlagern. Im April brachte die Illustrierte „stern“ eine Reportage⁵. Diese Berichte und die Aussagen der Flüchtlinge stehen in offenem Widerspruch zu amtlichen Äußerungen Khartums. Man fragt nach den Gründen der Krise und der Widersprüche in ihrer Beurteilung.

Der Gegensatz zwischen Nord und Süd

Häufig wird das Geschehen als Auswirkung des Gegensatzes zwischen Islam und Christentum angesehen. Aber diese Erklärung ist ungenügend. Es gab zwar im Norden, in Nubien, in den ersten Jahrhunderten nach Christus einige blühende christliche Königreiche, die später vom Islam überrollt wurden. Doch die Gegensätze zwischen Nord und Süd entstanden daraus nicht. Diese sind primär rassisch-kultureller Natur. Der Sudan ist ein buntes Völkergemisch. Einige Statistiken sprechen von 570, andere von 450 Stämmen. Im Norden mit seinen acht Millionen Einwohnern überwiegt das arabische Element. Die vier Millionen Südsudanesen sind als Hamiten, Nilohamiten und Bantu zur schwarzafrikanischen Bevölkerung zu rechnen. Auch Landschaft und Klima sind gegensätzlich. Von nördlichen Wüsten und Halbwüsten geht das Land gegen Süden in feuchte tropische Urwälder über. Der Norden wird in letzter Zeit als Musterbeispiel für geglückte Entwicklungsprojekte gepriesen. Der Süden war seit jeher höchstens als Menschenreservoir, vielleicht noch als Elfenbeinlieferant interessant. Jahrhunderte der Sklavenjagd arabischer Händler noch bis hinein in die 20er Jahre – unter den Augen der britisch-ägyptischen Verwaltung – haben die Menschen dort mißtrauisch gemacht. Stammesfehden machten der Verwaltung zu schaffen. Und die Missionen hatten zunächst keinen Erfolg.

Nur mit Abscheu und Herablassung denkt man gewöhnlich im Norden an die Menschen im Süden. „In Unterhaltungen mit Nordsudanesen wird häufig deren Gereiztheit darüber spürbar (Neger nicht ausgenommen), daß der Süden ihres Landes als ein ‚Sammelsurium afrikanischer Wildheit und Kuriosität‘ betrachtet werden müsse: überall Nacktgeher, die sich die unteren Schneidezähne entfernen, die ihre Frauen mit halbzentnerschwerem Eisenschmuck beladen; Hirten, die ihre Rinder allenfalls zu Totenfesten – dann aber gleich zu Dutzenden – schlachten; Seßhafte, die nicht Ackerbau betreiben, sich vor Insekten unter Kuhdung verbergen und sich nachts mit heißer Asche als Kälteschutz einreiben! Hexenprozesse bei den Bongo, Regendoktoren und Schlangenkult bei den Bari. Durch Tellerlippen verunstaltete Mittu-Köpfe, Geheimbündelei sowie Kannibalismus der Nyam-Nyam . . . Weder christliche Missionare noch mohamedanische Ulemans hätten bislang die Heidengötter namens Ret, Mun, Lomat usw.

⁵ stern vom 23. 4. und 30. 4. 1967.

entlarven können, unter deren Anrufung sich obskure Stammesfürsten unbeirrt an der Macht hielten.“⁶

Weder die Politik der „closed districts“ noch die englische Amtssprache für den Süden waren geeignet, die Kluft zu beseitigen. Das Wirken der Missionare erweiterte sie geradezu. Mit der Errichtung von Schulen, Krankenhäusern und anderen sozialen Einrichtungen kam einigen Südsudanesen ihre Lage erst eigentlich zum Bewußtsein. Langsam wuchs eine gebildete Schicht heran, die mit Furcht an den Tag dachte, da die Engländer abziehen würden. Dann waren sie inmitten einer „unterentwickelten“ Umwelt dem Wohlwollen und der Willkür des Nordens ausgeliefert. Dort war man sich immer darüber einig, daß ein geeinter Sudan nur durch kulturelle Ein- und Unterordnung des Südens zu erreichen ist. Der Islam verlangte diese Einheit. Man war gewillt, sie nach Abzug der Engländer durchzusetzen, und zwar mit allen Mitteln. Es war nur zu verständlich, daß eine Bevölkerung, die die Unterdrückung ihrer Kultur und Religion fürchtete, auf die Hilfe der Kirche, das heißt konkret ihrer Missionare, hoffte. Es lag daher auf der Hand, daß der Norden in der Anwesenheit der Missionare das größte Hindernis für die Einigung des Landes sehen mußte.

Katholische Mission im Südsudan

Der Neubeginn der katholischen Missionstätigkeit im Sudan geht in das 19. Jahrhundert zurück. Auf abenteuerliche Weise zogen Jesuiten, italienische Weltpriester und später auch Franziskaner auf der Suche nach neuen Missionsfeldern nilaufwärts. Die Anfänge waren hart. Das Schwarzfieber und andere tropische Krankheiten forderten ihre Opfer. In 20 Jahren starben über 40 Missionare. Wer überlebte, war arbeitsunfähig. Rom brach die Mission ab.

Der Italiener P. Comboni erreichte es, daß man wieder begann. Er gründete eine Männer- und eine Schwesternkongregation, die die Missionsarbeit im Sudan bis heute zu ihren Hauptaufgaben zählt. 1877 zum Bischof geweiht, konnte Comboni fünf Missionsstationen im Nord- und Mittelsudan errichten. Wieder starb in kurzer Zeit die Hälfte aller Missionare. Verzweifelt kämpfte Comboni gegen die Sklaverei. Er erreichte ihre offizielle Abschaffung, aber im geheimen ging die Menschenjagd weiter. 1881 starb er. Wenige Monate später machte der Mahdiaufstand sein Werk zunichte.

Um 1900 begann man von neuem. 1904 stieß der Apostolische Vikar Geyer tief in den Südsudan vor. Sein Bericht läßt das Mißtrauen ahnen, dem er begegnete⁷. Immer wieder traf er auf verlassene Zwingburgen der Sklavenjäger. Wie selbstverständlich berichtete er, daß in den hier und dort vorhandenen islamisierten Flecken die Bewohner überheblich auf ihre Umwelt herabsahen. Dort fand er auch kein Gehör für die Frohbotschaft. Abermals forderte das Fieber seine Opfer.

⁶ Cl. M. Naether, Zentralismus mit Feuer und Schwert, in: Afrika heute (Bonn: Deutsche Afrika-Gesellschaft) 15. 2. 1967, S. 51 f.

⁷ Franz Xaver Geyer, Durch Sand, Sumpf und Wald (München 1912).

Der erste Weltkrieg brachte einen erneuten Stillstand. Und was hatte man erreicht? Die Tatsache, daß erst im Jahr 1914 eine Taufe gespendet wurde, spricht für sich. Auch für die Missionsschulen, die man ab 1920 im Süden eröffnete, hatte die Bevölkerung kein Verständnis. Die Missionare gaben den Eltern Geld, damit sie ihre Kinder zur Schule schickten! Erst Jahrzehnte später wurde die Zulassung zur Schule Prestigefrage. 1938 erhielten Mill-Hill-Missionare neben den Combonianern ein Missionsgebiet im Süden. Dazu kam die verstärkte Tätigkeit protestantischer Missionare.

Seit 1903 war der gesamte Sudan von der Regierung „konfessionell“ aufgeteilt worden. Der Nordsudan galt als ausschließlich islamisch. Hier durften Christen aller Konfessionen Schulen, Krankenhäuser und andere soziale Einrichtungen unterhalten, aber nicht missionieren. Der Süden war in katholische und protestantische Gebiete aufgeteilt. Erst ab 1950 durften katholische Missionare ihre Gläubigen auch in protestantischen Gebieten aufsuchen und betreuen. Während des zweiten Weltkriegs wurden die italienischen Missionare auf einigen wenigen Missionsstationen interniert. Danach begann die eigentliche Blütezeit der Mission. Die Glaubensstreue in der Verfolgungszeit und die wachsende Zahl an Priester- und Ordensberufen lassen vermuten, daß die Frohbotschaft Christi Wurzel gefaßt hatte.

Die folgende Statistik verdeutlicht das Gesagte. Sie bezieht sich auf den Südsudan. Im Norden gibt es unter den acht Millionen Einwohnern nur einige tausend Katholiken. Unter „Missionaren“ sind hier Priester, Brüder und Schwestern verstanden.

- 1900: 12 Missionare, kein Katholik im Süden
- 1910: 15 Missionare, kein Katholik
- 1920: 25 Missionare, fast 2000 Katholiken
- 1930: 58 Missionare, ungefähr 10 000 Katholiken
- 1950: 260 Missionare, etwa 100 000 Katholiken
- 1960: 251 Missionare, etwa 300 000 Katholiken
- 1965: ungefähr 12 einheimische Priester, einige einheimische Schwestern und Brüder, 400 000 Katholiken.

Die Zahl der Katholiken wuchs gerade in den schweren Jahren vor der Ausweisung aller weißen Missionskräfte um jährlich 30 000; davon waren etwa 18 000 Erwachsene. Ganze Stämme, wie etwa die Schilluk, waren nun am katholischen Christentum interessiert. Für die protestantische Missionstätigkeit stehen uns keine genauen Angaben zur Verfügung. Man rechnete – vor der Massenflucht – mit etwa 100 000 protestantischen Südsudanesen.

Sudanisierung aus dem Norden

Seit 1899 war der Sudan als Kondominium von England und Ägypten gemeinsam regiert worden. In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg rückte die Möglichkeit der Unabhängigkeit näher. Sollte sich der Sudan Ägypten anschließen oder nicht? Das war der Streitpunkt der Parteien, die sich jetzt bildeten. Beide Richtungen, für oder gegen

den Anschluß, warben auch im Süden, der jahrzehntelang als „geschlossenes Gebiet“ selbst für Verwaltungsbeamte aus dem Nordsudan Sperrgebiet gewesen war. Die Parteien machten den Südsudanese große Versprechungen.

Bald zeigte sich jedoch, daß der Süden bei der Sudanisierung des Verwaltungsapparats wenig berücksichtigt wurde. Im Jahr 1954 wurde der Ausschuß für die Sudanisierung gebildet. Ihm gehörte kein einziger Südsudanese an, und er vergab von 800 Posten 796 an Nordsudanese⁸, obwohl man auch im Süden fähige Leute gefunden hätte. Dort wuchs die Enttäuschung und die Furcht vor der Zukunft. Man hatte angenommen, daß mit dem Abzug der Engländer und Ägypter die – wenn auch noch wenigen – Gebildeten ihre Stellen übernehmen würden. Statt dessen erlebte man jetzt die Übernahme leitender Funktionen durch Nordsudanese. Man kann England von der Verantwortung für diese Entwicklung nicht freisprechen. Daß man im Süden zunächst immer noch auf dieses Land hoffte, zeigen die folgenden Ereignisse.

Die Meuterei von Torit

Von schicksalhafter Bedeutung für die Zukunft sollte die Meuterei von Torit werden. Der Vorfall ist später von einer internationalen Kommission eingehend untersucht worden⁹. Im Juli 1955 war aus einer Demonstration für höhere Löhne im Gebiet der Zande, wo man ein landwirtschaftliches Entwicklungsprojekt begonnen hatte, eine regelrechte Plünderung geworden. Gegen die südsudanesischen Plünderer hatte man südsudanesischen Soldaten eingesetzt, die daraufhin eine Meuterei vorbereiteten. Obwohl man dies wußte, gab man ihnen den Befehl, sich nach Khartum in Marsch zu setzen. Am 18. August meuterten sie. In manchen Berichten heißt es, ein nordsudanesischer Offizier habe einen südsudanesischen Soldaten erschossen.

Die südsudanesischen Soldaten erschossen ihre aus dem Norden stammenden Offiziere und ermordeten weitere nordsudanesischen Männer, Frauen und Kinder in Torit, insgesamt 78 Personen. Dann sandten sie Telegramme an den Premierminister, den Kaid, die britischen Truppen im Sudan, in Nairobi (Kenia) und schließlich an den Generalgouverneur, der aus England eingetroffen war. Niemand unterstützte sie. So ergaben sie sich. Aber als die Nordsudanese in Torit einmarschierten, fanden sie die Stadt verlassen. Damals begann sich im Dschungel eine Untergrundbewegung zu bilden, die entschlossen ist, den Süden von der Herrschaft der Nordsudanese zu befreien. Ähnliches geschah zugleich an anderen Orten des Südsudan.

Man hat später die Missionare für diese Tragödie verantwortlich gemacht. Die internationale Untersuchungskommission stellte jedoch fest, daß die Revolte politischer und

⁸ Vgl. J.-L. Bergé, *Pour comprendre les graves événements du Sud-Soudan*, in: *Afrique documents* No. 73 (1964) 83–98, bes. 90.

⁹ *Southern Sudan Disturbances*, August 1955. Report of the Commission of Inquiry; am 10. Oktober 1955 vom sudanesischen Innenministerium veröffentlicht.

nicht religiöser Natur war¹⁰. Katholiken, wie der Versorgungsminister und der Oppositionsführer, bemühten sich, die Ordnung wiederherzustellen. Viele Nordsudanesen hatten sich auf Missionsstationen in Sicherheit gebracht. In einem Brief vom 5. September 1955 dankte der Kommandant von Juba, Oberst Hassan Beshir Nasr, zwei italienischen Missionaren: „Mit Freuden habe ich von der mutigen und humanen Unterstützung gehört, die Sie und das Missionspersonal so bereitwillig und großmütig den Nordsudanesen während dieser tragischen Vorgänge in Yei gewährt haben . . . Worte werden nie genügen, um Ihnen zu danken.“¹¹ Wenige Jahre später wurden die beiden wegen „unerlaubten Arzneihandels“ ausgewiesen. Sie hatten Medikamente an Kranke abgegeben.

Der Untersuchungsbericht stellte ferner fest, die Krise sei von unverantwortlicher politischer Propaganda des Nordens und Ägyptens hervorgerufen worden. Beide hatten Dinge versprochen, die sie nicht geben konnten. Ferner wies die Kommission auf die Haltung der Nordsudanesen gegen ihre Landsleute im Süden hin: die Verachtung der Nacktheit, die alte Gewohnheit, die Südbewohner als „abid“, als Sklaven, zu bezeichnen, die dünnkelhafte Reserviertheit, das von der Bevölkerung völlig abgeschlossene Leben der nordsudanesischen Beamten und Kaufleute im Süden, das taktlose Verhalten vieler Offiziere. Der Nordsudanese scheint nicht zu begreifen, daß man ihn wegen dieser Haltungen im Süden ebenso für einen Kolonialherrn hält wie den Engländer¹². Anlässlich seiner Ausweisung 1964 wies Bischof Mason von El Obeid in einem Brief an den sudanesischen Innenminister darauf hin, daß zu jener Zeit arabische Händler und Beamte aus dem Norden, die im Süden tätig waren, in abfälligster Weise von den Missionaren, vom christlichen Glauben und von der gesamten afrikanischen Kultur des Südens gesprochen hätten.

Die Verstaatlichung der Schulen

Am 1. Januar 1956 wurde der Sudan unabhängig. Die Regierung glaubte sich an keinerlei Versprechen einer bundesstaatlichen Lösung gebunden und steuerte auf die Vereinheitlichung und Islamisierung des Landes zu. Die Liberale Partei, die den Süden vertrat, erreichte nichts. Im Jahr 1958 kam es zu einer Militärdiktatur. Im Süden begannen Militär und Polizei mehr und mehr den Lauf der Dinge zu bestimmen.

Nach Abzug der Engländer hielt man die weißen Missionare für das größte Hindernis auf dem Weg zur Einheit. Sie hätten, so argumentierte man im Norden, jene seltenen Intellektuellen gezüchtet, die von einer föderativen Lösung träumten und sich gegen den Einfluß des Nordens wehrten. Sie kritisierten Maßnahmen der Regierung. Zunächst müsse man ihren Einfluß auf die heranwachsende Generation unterbinden.

¹⁰ Vgl. K. D. D. Henderson, *Sudan Republic* (London 1965) 178.

¹¹ Ebd. 202.

¹² Ebd. 178.

Die arabische Presse sprach offen aus, daß mit dieser Maßnahme in wenigen Jahren eine neue arabisierte und islamisierte Generation im Südsudan heranwachse, die der Vereinheitlichung keinen Widerstand mehr entgegensetze.

Am 30. Juni 1957 bestätigte ein Ermächtigungsgesetz die Verstaatlichung aller Privatschulen im Süden. 364 katholische und 50 protestantische Missionsschulen waren betroffen. Ohne Entschädigung übernahm der Staat alle Schulen, die irgendwelche staatliche Unterstützung genossen hatten. Privat finanzierte Schulen wurden nach dem Ermessen der Regierung entschädigt. Religionsunterricht durfte mit Erlaubnis des Schulleiters weiter erteilt werden. Bald begann man die katholischen Leiter und Lehrkräfte zu ersetzen. Die Zeit kleiner und großer Schikanen begann. Um alle Verhandlungswege offen zu halten, schwiegen die Missionare zunächst. Erst nach ihrer Ausweisung haben sie berichtet¹³.

Die Ausführung des Gesetzes war oft alles andere als human. Kinder wurden wegen ihres christlichen Glaubens geschlagen und gequält¹⁴. Eltern setzte man unter Druck. Sie sollten ihre Kinder in die vielen neuen Koranschulen senden, die manchmal als weiterführende Schulen bezeichnet wurden. Die Möglichkeit, weiterhin den Religionsunterricht zu erteilen, stand nur auf dem Papier. Islamische Schulleiter fanden immer neue Gründe, dem Priester den Zutritt zur Schule zu verweigern. Proteste der Eltern und Bischöfe erreichten nichts. Die Zeitungen im Norden beschuldigten dagegen den Papst, einen Staat im Staate aufrechtzuerhalten. Sie forderten die Ausweisung der Missionare, „jener unliebsamen Gäste“. Für die Unruhe unter der Bevölkerung wurde die Mission verantwortlich gemacht.

Der Gouverneur von Äquatoria schrieb – nach einleitenden Worten des Dankes – an Missionsobere in seinem Gebiet: „Ich habe die größte Hochachtung vor der katholischen Kirche. Für die Schulpolitik der Regierung muß ich aber unbedingte Mitarbeit verlangen. Die Proteste der Kirche beunruhigen die öffentliche Meinung. Die Ruhe in der Provinz, für die ich verantwortlich bin, werde ich unter allen Umständen aufrechterhalten. Jede Unruhe in den Schulen oder unter der Bevölkerung wird der Kirche zur Last gelegt werden.“

Was die Kirche verlangte, war Gerechtigkeit. Sie hatte das Schulwesen unter großen Opfern aufgebaut. Wirksame staatliche Unterstützung hatte es erst seit 1947 gegeben. Sie bangte um Freiheit und Leben ihrer Gläubigen. Es ging ja nicht darum, daß jetzt das Englische vom Arabischen verdrängt wurde, sondern es wurde deutlich, daß man nur als Muslim weiter studieren und entsprechende Positionen einnehmen konnte. In Zukunft würden alle Sudanesen Muslim sein, erklärte man den Kindern.

Bald beschränkten sich die Schikanen nicht mehr auf das Gebiet der Erziehung. Man verweigerte die Erlaubnis zum Bau von Kapellen. Missionare durften nicht mehr in den Süden einreisen oder dorthin zurückkehren. „Ein Glaube – ein Vaterland!“, schrieb

¹³ A. Bonfanti, *Espulsi dal Sudan* (Bologna 1964).

¹⁴ Nigrizia (Monatszeitschrift der Kombonianer), April 1963, 42–45, bringt dafür einige Beispiele.

die Khartumer Zeitung „Rai el Amm“ über ihre Ausgabe vom 17. Mai 1960. Wenige Tage später erklärte „Sudan el Gedid“ programmatisch: „Die Einheit des Landes ist erst dann verwirklicht, wenn die arabische Sprache und der Glaube des Buches (= Koran) Gemeingut aller sind.“

Die Ausweisungsaktion und das „Gesetz für Missionsgesellschaften“

Bald begann die systematische Ausweisung aller Missionskräfte. Gleichzeitig behinderte man die Arbeit der einheimischen Priester, Brüder und Schwestern. Hinter den dünnen Zahlen der Ausweisungsstatistik verbirgt sich das Leid von Priestern, Brüdern und Schwestern, die man aus einem Land vertrieb, dem sie in jahrzehntelanger Arbeit Gutes getan hatten. Es wurden ausgewiesen: 1955–1957 7 Missionare, 1958–1961 28 Missionare, 1962–1963 103 Missionare, und 1964 214 Missionare, insgesamt also 352 Missionare, dazu fünf aus El Obeid im Nordsudan.

Die Ausweisung erfolgte auf dem Verwaltungsweg. Wurden überhaupt Gründe angegeben, dann hieß es meist, die Anwesenheit des Missionars sei nicht mehr erforderlich. Es ist verständlich, daß die Bevölkerung den Eindruck hatte, hier sollten Zeugen künftiger Entwicklungen entfernt werden. Schon hatte die Auseinandersetzung mit den „Freiheitskämpfern“, wie sich die Rebellen nannten, begonnen. Khartum war weit. Militär und Polizei beherrschten das Land.

Eine gesetzliche Handhabe fand die Ausweisungsaktion in dem „Missionary Societies Act“ vom 15. Mai 1962. Für alle Religionen – auch heute noch – gültig, wurde es nur auf die christlichen Kirchen angewandt. Danach durfte man nur noch mit behördlicher Genehmigung als Missionar tätig sein. Diese Erlaubnis erlosch jeweils mit Jahresende, konnte beliebig entzogen und brauchte nicht erneuert zu werden. Jede Mission mußte genau ihr Gebiet, ihren Besitz, ihren Personenstand, ihre Einkünfte angeben. Kein Missionar durfte mehr als Mittler zwischen der Bevölkerung und den Beamten auftreten. Er durfte mit Andersgläubigen nicht über seine Religion sprechen. Nur mit schriftlicher Erlaubnis der Erziehungsberechtigten durfte er Minderjährigen Religionsunterricht erteilen. Taufen mußten von den Behörden zuvor genehmigt werden. Nach amtlicher Auskunft galt dies nicht für Kinder katholischer Eltern. Aber die untergeordneten Stellen wollten auch dann um Erlaubnis gefragt werden. Eine weitere Bestimmung hieß: „Missionare dürfen keine Tätigkeit ausüben, die etwas mit Unterricht, Heilkunde, Landwirtschaft, Handel oder Industrie zu tun hat.“ Einem Missionar wurde ausdrücklich erklärt, er dürfe auch Sterbenden nicht mit Medikamenten helfen¹⁵. Manchmal gelang es den Missionsschwestern, heimlich bei Nacht in Krankenhäusern, die sie jahrelang geleitet hatten, nach dem Rechten zu sehen. Weiter hieß es: „Missionare dürfen keine Zeitungen, Broschüren oder Bücher veröffentlichen, keine Radio-

¹⁵ P. S. Patroni, in: Nigrizia, April 1963, 46.

sendungen zusammenstellen, keine Filme oder Lichtbilder vorführen.“ Missionsbuchhandlungen mußten schließen. Ein Missionar hatte sich durch Benutzung eines Tonbandgeräts strafbar gemacht, ein anderer durch Verteilen von Broschüren der deutschen Botschaft. An den Missionsgebäuden durften nur noch mit behördlicher Genehmigung Reparaturen oder Erweiterungen vorgenommen werden. Später bezeugten die Missionare, wie man im Verlangen nach immer neuen Unterschriften und Unterlagen jede Initiative zu blockieren suchte. Diese Taktik erkennt man an der Bestimmung, daß die kirchlichen Obern den Behörden die Versetzung eines Priesters in eine andere Pfarrei jeweils ein Jahr im voraus mitteilen sollten.

In diesem Gesetz hatte man so viele Drähte gezogen, daß jeder gewissenhafte Missionar, dem es um die Menschen und um ihre leibliche und seelische Not ging, bei einer Übertretung ertappt werden konnte. Mancher Prozeß wurde nach langer Untersuchungshaft von Khartum aus niedergeschlagen oder mit der Ausweisung beendet. Oft wurden beträchtliche Geldstrafen verhängt.

Die Lage verschärft sich

Mittlerweile hatte die Aktion der Rebellen an Bedeutung gewonnen. Sie hatten einige Waffentransporte beschlagnahmt, die aus Khartum kamen und für die Kongorebellen bestimmt waren. Die Gegenaktionen der Regierungstruppen arteten mehr und mehr in Repressalien gegen die Zivilbevölkerung aus. Da man unter den Rebellen besonders Katholiken vermutete, ging man auch gegen die christliche Zivilbevölkerung nur um so grausamer vor.

Ein Beispiel aus dieser Zeit ist die Ermordung des Katechisten Battista Mufighi¹⁶. 1915 nach sechs Jahren Katechumenat getauft, war er selbst ein eifriger Katechist geworden. Der Papst hatte ihm den Orden „Pro Ecclesia et Pontifice“ verliehen. Am 17. Februar 1964 verhafteten ihn die Regierungstruppen aus dem Norden. „Tut immer Gutes und bleibt eurem Glauben treu! Betet für mich!“ waren seine letzten Worte. Die Soldaten quälten den alten Mann buchstäblich zu Tode. Vielleicht meinten sie, er könne etwas über die Rebellen wissen. Sie verboten seinen Angehörigen, den Toten zu betrauern. Den Gläubigen war es klar geworden, daß nun die Stunde des Martyriums kam. „Christus starb, um die Kirche zu gründen. Und dasselbe geschieht hier und heute unter uns“, sagte ein Katechist.

Enttäuschte Hoffnungen

Mit dem Rücktritt von General Abbud im November 1964 endete plötzlich die Militärdiktatur. Die Aussichten auf eine Lösung des Südsudanproblems schienen sich zu bessern. Statt des islamischen Freitag wurde im Süden wieder der Sonntag zum

¹⁶ Vgl. Die katholischen Missionen 83 (1964) 131.

Ruhetag erklärt. Einzelne westliche Besucher durften in den Südsudan einreisen. Unter großer Beteiligung feierten die wenigen einheimischen Priester überall wieder den Gottesdienst. Die Schwestern im Apostolischen Vikariat Wau gaben die Zeitschrift „Messenger“ heraus. Das Priesterseminar und die Kleinseminare waren offen. Auch Neuwahlen wurden angekündigt.

Im Frühjahr 1965 trafen sich die Nord- und Südparteien unter Anwesenheit von Beobachtern aus arabischen und afrikanischen Staaten zu einem „Gespräch am Runden Tisch“. In der Eröffnungsrede warf Premierminister Khalifa den Missionaren vor, sie hätten im Süden das Andenken an den früheren Sklavenhandel wachgehalten und die Araber als die allein Schuldigen hingestellt, den Sklavenhandel innerhalb der Stämme jedoch übersehen. Er konnte seine Argumente aus einem „Black Book“ von 1964 beziehen, in dem die Regierung die Missionare für den Gegensatz zwischen Nord und Süd verantwortlich machte. Liest man jedoch die im September 1964 erschienene Antwort auf diese Anklageschrift, muß man die Missionare freisprechen¹⁷. Doch bis heute ist es ein beliebtes Thema der arabischen Presse in Khartum, auf den Imperialismus der Kirche und die subversive Tätigkeit der Missionare hinzuweisen.

Sobald sich die Konferenz nach dieser Eröffnungsrede den Sachproblemen zuwandte, zeigten sich unüberbrückbare Gegensätze. Der Norden verlangte völlige Integration und ließ sich auf den Plan einer Föderation oder einer Lockerung der politischen Struktur nicht ein. Außerdem war das Ergebnis der Konferenz durch die Abwesenheit der Rebellen in Frage gestellt. Sie kämpften für völlige Unabhängigkeit vom Norden und hatten für den neuen Staat auch schon einen Namen: Azania. Um diese Zeit beherrschten sie bereits weite Teile des Südens mit Ausnahme der größeren Orte.

Der zermürbende Kampf gegen einen Gegner, der unvermutet aus dem Dschungel hervorbrach und keine Gefangenen machte, das ungewohnte Klima, die schlechte Verpflegung und Ausrüstung gefährdeten die Moral der Regierungstruppen. Im Lauf dieses Dschungelkriegs wurden die meisten Missionsstationen von den Regierungstruppen zerstört. Die Vernichtung von ganzen Dörfern war an der Tagesordnung. An Bildberichten aus Südvietnam kann man die Methoden sehen, mit denen man gegen eine Untergrundbewegung kämpft. Auch Luftangriffe wurden durchgeführt. Da es zunächst nur einen einzigen sudanesischen Piloten gab, müssen Weiße beteiligt gewesen sein. Die Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung – man muß sie wohl als Ausbrüche des Rassenhasses bezeichnen – nahmen in einem Ausmaß zu, daß das Wort „Völkermord“ nun häufiger in der Presse auftauchte.

In der Karwoche 1965, um nur ein Beispiel zu nennen, plünderten Regierungssoldaten den Ort Agodo, ein Zentrum des katholischen Lebens, und weitere neun Dörfer. Unter der Bevölkerung richteten sie ein Blutbad an. L. Adwok, Katholik und einziger Südsudanese im Präsidentschaftsrat, begab sich von Khartum an den Tatort. Er legte der Regierung ein Memorandum mit Fotos vor. Da man ihm keinen Glauben schenkte,

¹⁷ K. D. Henderson a.a.O. 190 Anm.

legte er sein Amt nieder. Er wolle mit diesem Völkermord nichts zu tun haben, erklärte er.

Die Berichte über Plünderungen, Ermordungen und Verwüstungen ließen sich weiter fortsetzen¹⁸. Manchmal waren in der Umgebung des Tatortes weit und breit keine Rebellen. Die Regierungstruppen schändeten Kirchen, brachen Tabernakel auf, aßen die Hostien, schossen auf Heiligenfiguren, zogen sich liturgische Gewänder an. Mehrfach brachten sie betende Menschen um. Die Flüchtlinge berichteten, wie Frauen und Kinder, die allein im Dorf zurückgeblieben waren, ermordet wurden. Dies alles geschah im Dickicht des Dschungels. Selbst in Khartum dürfte man nicht genau wissen, wie so manche „erfolgreiche Aktion gegen Rebellen“ in Wirklichkeit ausgesehen hat.

Trotzdem bleibt es unverständlich, daß man die blutigen Ausschreitungen der Truppe in Juba und Wau im Sommer 1965 auch als Rebellenbekämpfung ausgab. Am 8. Juli hatte man in Juba einen Offizier der Regierungstruppe tot und entmannt aufgefunden. Angeblich war er von Rebellen in der Hütte eines Negermädchens überrascht und getötet worden. Die Entdeckung der Leiche führte zu einem grausamen Massaker. Von Mitternacht bis zum nächsten Mittag wüteten die Soldaten unter der Zivilbevölkerung. Sie töteten ungefähr 1400 Menschen, darunter 300 Frauen und 250 Kinder. Von amtlicher Seite werden diese Zahlen bestritten. Das südsudanesishe Blatt „The Vigilant“, das bis dahin in Khartum erscheinen durfte, wurde nach Wiedergabe dieser Meldung verboten. (Heute erscheint es wieder.) Doch Bruder O'Connor, Leiter einer Höheren Schule in Nairobi (Kenia), sprach mit Augenzeugen¹⁹. Einer von ihnen mußte bei der Bestattung der Toten mithelfen. Er zählte in jener Nacht 863 Leichen, die er bestatten half. Die Soldaten sollen auf herumlaufende Kinder geschossen, Menschen ertränkt und verbrannt haben.

Andere Flüchtlinge berichten, daß man auch an anderen Orten die Menschen wie Freiwild abgeknallt hätte. So richteten die Soldaten wenige Tage später unter einer katholischen Hochzeitsgesellschaft in Wau ein Blutbad an. Nach der kirchlichen Feier, und nachdem sich alle nordsudanesischen Hochzeitsgäste entfernt hatten, ließ man die Gäste einzeln aus dem Festsaal treten und erschoss sie. Diese Einzelheiten und die Namen aller Opfer sind bekannt. Unter ihnen waren ein Arzt, ein Beamter, ein Angestellter, zwei Kinder, aber kein „Rebell“. Ein sudanesischer Priester, der noch vor wenigen Monaten in der Bundesrepublik weilte, bestätigte in einem Interview mit dem Missionsmagazin „Mariannhill“, daß bei diesem Massaker 250 Menschen getötet worden seien, und daß man dabei mit deutschen Waffen geschossen habe.

Als der Papst am 6. August 1965 in Telegrammen an den damaligen Premierminister und an den Führer der UMMA-Partei (jetzt Premierminister) seiner Besorgnis Ausdruck gab, bekam er zur Antwort, er solle lieber seine eigenen Untertanen (= die

¹⁸ Vgl. dazu: Die katholischen Missionen 84 (1965) 68 f., 168–170; 85 (1966) 134–136; ferner 86 (1967) 19–21.

¹⁹ Sudan Tragedy, in: America (New York) vom 29. 1. 1966, 172.

Rebellen) zur Ordnung rufen. Einige Khartumer Zeitungen griffen den Papst in Artikeln und Karikaturen an.

Ahnungslos fuhr Bischof Dud von Wau, der einzige katholische Bischof im Südsudan, am 10. Juli in seinem Wagen nach Juba, um dort eine Priesterweihe vorzubereiten. Er geriet mitten in das Massaker. An einer Fähre eröffneten Soldaten das Feuer. Erst im Dunkeln konnte er in das nahe Priesterseminar Kit zurückkehren. Die Seminaristen flohen dann bis nach Uganda. Okaru und Tore, zwei Kleinseminare, waren bereits den Regierungstruppen zum Opfer gefallen. Jetzt glaubte man, das Seminar von Kit sei an der Reihe.

Es läßt sich kaum feststellen, wo im Südsudan noch eine Vorbereitung aufs Priestertum möglich ist. Im Sommer vorigen Jahres wurde das Kleinseminar von Bussere bei einem Rebellenangriff zerstört. Einige Seminaristen setzen jetzt wohl ihre Studien in der Bischofsstadt Wau fort. Auch kann es sein, daß Seminaristen von Owechi in Malakal studieren.

Zehn Seminaristen empfangen inzwischen im Exil – in Uganda und Italien – die Priesterweihe. Bischof Dud war im März dieses Jahres in Uganda, um seine Priester und Seminaristen zur Rückkehr aufzufordern. Zwei Priester kamen mit ihm in den Sudan zurück. Und die andern? Die in Dakar erscheinende Wochenzeitung „*Afrique nouvelle*“ vom 16. März dieses Jahres gibt den Brief eines sudanesischen Priesters wieder²⁰. Danach leben 17 sudanesishe Priester im Exil: 5 in Uganda, 9 in Kongo-Kinshasa und 3 in der Zentralafrikanischen Republik.

Sicher haben sie alle unter den 250 000 Flüchtlingen genug zu tun. Aber daß sie nicht zurückkehren wollen, hat auch andere Gründe. Vor zwei Jahren haben Regierungssoldaten zwei Priester getötet. Ein dritter, der als inspirierende Kraft und Ordnungsfaktor der Rebellenbewegung galt, wurde vor wenigen Monaten von ugandesischen Truppen erschossen. Wie wird man die Exilpriester bei der Rückkehr empfangen? Jetzt können sie vielleicht noch versprengten Gruppen von Zivilpersonen im Dschungel des Südsudan heimlich helfen. Später sind sie praktisch in den größeren Orten interniert. Und warum verbreitet gerade jetzt das Innenministerium in Khartum die Meldung, daß man im Kongo sieben (der neun) sudanesischen Priester mit Waffen beim Grenzübergang verhaftet habe?²¹ Mißtrauen und Furcht sind auf beiden Seiten groß. Man hätte sogar Verständnis dafür, daß ein Priester im Aufstandsgebiet nicht nur mit dem Spazierstock in der Hand durchs Land zieht. Aber wie weit geht die aktive Unterstützung der Rebellen? Und wie weit wehrt sich hier tatsächlich ein Volk dagegen, ausgelöscht zu werden?

Der Brief des Priesters schließt mit einem eindringlichen Appell, den sich die Zeitung „*Afrique nouvelle*“ zu eigen macht: „Das Problem des Südsudan stellt sich bereits seit allzu langer Zeit (11 Jahre), als daß es die Nationen ignorieren könnten. Die UNO

²⁰ *Afrique nouvelle* 16./22. 3. 1967 (Nr. 1023) 9.

²¹ KNA-Meldung 67/III/287.

müßte heute, wie sie es im Fall Vietnams versucht, wirkungsvoller der Sudanregierung helfen, das Nord-Süd-Problem in einer Weise zu lösen, die beide Seiten zufriedenstellt, zum Wohl der Menschheit.“

Der Leidensweg der protestantischen Christen

Vor der Massenflucht rechnete man mit etwa 100 000 Protestanten im Südsudan. Sie erleiden dasselbe Schicksal wie die übrige Zivilbevölkerung. Im Herbst 1965 nahm der Generalsekretär der kirchlichen Missionsgesellschaft in London, Kanonikus J. V. Taylor, zu Berichten aus dem Südsudan Stellung, die keinen Zweifel daran ließen, daß „Mord, Folterung, Plünderung und Zerstörung durch die Regierungstruppen zur Tagesordnung gehören. Die (protestantische) Kirche habe praktisch alle führenden Mitarbeiter verloren, die Bevölkerung sei dörferweise entweder in den Busch oder über die Landesgrenzen nach Uganda und dem Kongo geflohen“²². Die Hauptleidtragenden seien die Christen.

Nach dem Bericht zweier aus dem Sudan geflohener anglikanischer Bischöfe vom 7. September 1965 sind die meisten Kirchen und Pfarrerrwohnungen im Südsudan zerstört oder schwer beschädigt. Bischof Elinana war Zeuge des Überfalls der Regierungstruppen auf das theologische College von Mundiri am 20. Juli 1965. Der anglikanische Bischof im Sudan, Dr. O. C. Allien, berichtete im September 1965, sudanesishe Flugzeuge hätten das Gebiet von Kaji Kaji bombardiert. Acht Gemeindezentren seien dort geplündert und in Brand gesetzt worden. Die Dorfpfarrer und Evangelisten seien mit ihren Gemeinden nach Uganda geflohen. Auch er bestätigte, daß außer dem Krankenhaus in Lui zahlreiche Kirchen niedergebrannt wurden. Der Bischof meinte, daß die Pfarrer „an ihrem Posten ausgeharrt hätten, wäre dies menschlich möglich gewesen. Die Tatsache, daß sie fliehen mußten, ist ein Beweis für den vorsätzlichen Versuch, die gesamte Führungsschicht im Süden auszurotten“.

Im Frühjahr 1966 bat der Ökumenische Rat in einer in Genf angenommenen Resolution seine Kommission für internationale Angelegenheiten unter Hinweis auf die „tragische Situation“ im südlichen Sudan, „in Beratung mit der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz weiterhin alle geeigneten Schritte – auch durch Fühlungnahme mit Regierungen – zu unternehmen, damit dem Leidensweg der Bevölkerung im südlichen Sudan ein Ende gesetzt und die Ausübung der religiösen Freiheit gewährleistet werden möge“²³. Premierminister Mahgoub forderte daraufhin den Ökumenischen Rat auf, zu prüfen, „ob in der modernen Geschichte des Sudan auch nur ein einziger Christ auf Grund seiner religiösen Überzeugungen selbst der harmlosesten Art der Verfolgung ausgesetzt wurde“.

²² Ökumenischer Pressedienst (Genf) v. 21. 10. 1965.

²³ Ökumenischer Pressedienst v. 3. 3. 1966.

Im Dezember 1966 durfte dann eine Delegation von vier Vertretern der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz den Sudan besuchen. Im Südsudan war sie nur drei Tage, ständig von Beamten des Innen- und Informationsministeriums begleitet. Nach ihrer Reise erklärten sie auf einer Pressekonferenz in Nairobi, sie hätten Beweise für eine religiöse Diskriminierung und eine Verfolgung der Christen im Südsudan. Die Delegation will einen eingehenden Bericht verfassen.

Die Not der Flüchtlinge

Man kann das Problem des Südsudan nicht voll erfassen, ohne auf die Frage nach den Flüchtlingen einzugehen. Südsudanesen sind nach Äthiopien, Kenia, Uganda, in die Demokratische Republik Kongo und in die Zentralafrikanische Republik geflüchtet. 1963 zählte man 30 000 Flüchtlinge. Jetzt schätzt man ihre Zahl auf 250 000. In Äthiopien, das amtlich keine Zahlen angibt, sollen 30 000 leben. Sie werden dort angesiedelt. Manche behaupten freilich, die Bevölkerung behandle sie wie Sklaven. Aber dies ist unwahrscheinlich, zumal dort, wo sie bei Stammesbrüdern auf der anderen Seite der Grenze untergekommen sind. Die Zahl der Flüchtlinge in Kenia ist unbekannt. Es gibt in Nairobi einige hundert Studenten, die unter großen Entbehrungen ihre Ausbildung abzuschließen suchen.

Gegen 40 000 Flüchtlinge halten sich in der Zentralafrikanischen Republik auf. Ihre Zahl scheint weiter zu steigen. Aus Furcht vor Khartum hat sie die Regierung weiter ins Landesinnere bringen lassen. Dasselbe gilt für die 40–60 000 Flüchtlinge in der Demokratischen Republik Kongo. In beiden Ländern stellen sich nicht nur die Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Knappheit an Nahrungsmitteln und der mangelnden ärztlichen Versorgung. Es kommt hinzu, daß englische Sprachkenntnisse dort wenig nützen und daß Schulen und Universitäten nur nach einer Umschulung weiter besucht werden können.

Die meisten Flüchtlinge leben in Uganda. Ihr Los ist in letzter Zeit härter geworden. Sie wurden auch ins Landesinnere in Lager verbracht. Dabei soll es zu Übergriffen gekommen sein. Vor einigen Monaten wies die Regierung Ugandas 10 Missionare wegen Unterstützung der Sudanrebellens aus. Einer von ihnen befand sich auf Europapurlaub, andere wohnten weitab vom Sudan und die wenigen, die mit Sudanflüchtlingen zu tun hatten, wirkten nur karitativ, wobei man freilich nicht immer sicher war, ob nicht auch Rebellen versorgt wurden. Proteste der Bischöfe und ein warnendes Wort aus Rom²⁴ nützten nichts. Der Außenminister Ugandas sagte auf einer Pressekonferenz in Wien²⁵, die Regierung habe die Missionare ausgewiesen, weil sie aus Gründen der Staatsräson habe handeln müssen, aber es nicht zu einem Prozeß kommen lassen wollte, auf dem die Missionare ihre Schuld doch nicht eingesehen hätten.

²⁴ Vgl. den Leitartikel im *Osservatore Romano* v. 2. 2. 1967.

²⁵ KNA-Meldung 67/III/172 (9. 3. 1967).

Internationale Organisationen, auch die Aktion „Misereor“, suchen den Flüchtlingen zu helfen. Eine Dauerlösung ist dies jedoch nicht. Delegationen aus dem Sudan, die zur Rückkehr einladen, haben fast keinen Erfolg. Einige Rückkehrer kamen bald als Flüchtlinge wieder.

Und die Zukunft?

Man hatte zunächst gehofft, daß mit dem neuen Premierminister Sayed Saddik el Mahdi, der erst etwas über 30 Jahre alt ist und in Oxford studiert hat, das Problem des Südsudan einer Lösung näherkommen würde. Er ließ im Sommer vorigen Jahres alle geistlichen Würdenträger zu sich kommen und sagte ihnen Religionsfreiheit und Unterstützung zu. Ein Priester durfte das Gefängnis verlassen. (Er war vor Jahren verhaftet worden, weil Schüler mit seiner Schreibmaschine einen Protest gegen die Sonntagsarbeit verfaßt hatten.) Die Kirche erhielt die Erlaubnis, ein Kleinseminar in Khartum zu eröffnen. Bischof Dud sagte in Uganda, die Priester könnten in den Städten wieder der normalen Arbeit nachgehen.

Nach der Rückkehr von der Konferenz zehn afrikanischer Staaten in Kinshasa richtete der Premier am 20. Februar dieses Jahres jedoch heftige Angriffe gegen den „Imperialismus“ der Ausländer in Afrika und ihren Einfluß, den sie vor allem durch die Kontrolle der Wirtschaft und durch religiöse Propaganda ausübten. Auch er scheint für den Sudan nur eine militärische Lösung zu kennen. Er äußerte bereits die Absicht, durch ein Gesetz in Zukunft jedes Reden von einer Konföderation oder gar von einer Lostrennung als Landesverrat erklären zu lassen.

Zum Abschluß der OAU-Konferenz in Addis Abeba hatte er im November 1966 auf einer Pressekonferenz erklärt, jede Form der Selbstbestimmung für den Südsudan wäre unannehmbar. Dies würde zur völligen Auflösung des Sudan als Nation führen. Damals wandte er sich auch gegen die Behauptung, die Regierung zwinge dem Süden den Islam auf. „Die islamische Religion erkennt das Christentum an, mit dem sie viele Jahre zusammengelebt hat.“ In merkwürdigem Gegensatz dazu lobte er bei einem Besuch im Süden die Truppen für ihre „Heldentaten“ und forderte sie auf, den Kampf der Endlösung zuzuführen.

Für uns bleibt wenig zu tun. Für den Schutz von Minderheiten wurde noch kein Rezept gefunden. Proteste müssen Beweise vorzeigen. Dafür müßte man eine Untersuchungskommission einlassen. Doch jeder Druck in dieser Richtung wird als Einmischung in innere Angelegenheiten abgewiesen. Auf jeden Fall sollte man keine Waffen liefern. Im September 1964 hieß es in einer Afrikafachzeitschrift²⁶: „Die deutsche Militärhilfe für Afrika lief 1961 an. Im Dezember desselben Jahres wurde mit dem Sudan ein Vertrag geschlossen. In diesem Land geht es um den Aufbau eines ‚Grenzschutzes‘, mit dem der Sudan seine Selbständigkeit untermauern will. Es werden sechs

²⁶ Neues Afrika (Organ des Afrikaver eins, Hamburg) September 1964, 324 f.

Bataillone aufgestellt. Panzer und Waffen, die einem Angriff dienen können, werden nicht geliefert, vielmehr nur Handfeuerwaffen, Granatwerfer und Kraftfahrzeuge. Es werden Werkstätten errichtet, auch eine Munitionsfabrik entsteht. 130 Sudanesen sind hier in Deutschland, beziehungsweise werden erwartet. Das sudanesishe Projekt hat eine Laufzeit von fünf Jahren und ist auf 120 Millionen DM veranschlagt. Es ist das größte Programm der Bundesrepublik. Der Sudan beteiligt sich an den Kosten mit einem Drittel.“

Erst beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Sudan anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel wurde das Programm gestoppt. Vielleicht kommt es bald wieder zu einem Austausch von Botschaftern. Dann sollte man vorher einige Fragen stellen.

Wenn sich die Einstellung zum Süden des Landes und zu seinen Menschen nicht grundlegend ändert, und zwar nicht nur bei der Regierung, sondern gerade bei nord-sudanesischen Soldaten und Beamten im Süden, dann sind diese Stämme dem Untergang geweiht. Auch das wäre die Endlösung eines Rassenproblems. All das kommt einem so bekannt vor, als hätten die freien Völker der Welt hier nicht zum ersten Mal um des lieben Friedens willen geschwiegen.